

Pressemitteilung

Weniger Bürokratie für Gründer und (EU-)Unternehmer

IfM Bonn sieht Etablierung Einheitlicher Ansprechpartner als wichtige Aufgabe der neuen Bundesregierung

Institut für
Mittelstandsforschung

IfM
BONN

www.ifm-bonn.org

Das IfM Bonn ist eine Stiftung
des privaten Rechts.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Bonn, 13. Februar 2018. "Der bürokratische Aufwand für Gründer und Unternehmer – auch aus dem benachbarten EU-Raum – kann deutlich reduziert werden, wenn es der zukünftigen Bundesregierung gelingt, zügig die Verwaltungsdigitalisierung voranzubringen und eine Form des Einheitlichen Ansprechpartners zu initiieren. Bislang gibt es hierfür in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Insellösungen", erklärte Prof. Dr. Friederike Welter (IfM Bonn/Universität Siegen). "Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden – in Österreich und Dänemark gibt es bereits Strukturen, an denen sich die Wirtschaftspolitik auch hierzulande orientieren könnte."

Seit Ende 2009 sind die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, Einheitliche Ansprechpartner (EA) einzurichten. Diese sollen zum einen inländische und EU-Gründer und Unternehmer über die erforderlichen administrativen Verfahren informieren. Zum anderen sollen mit ihrer Hilfe Informationsanfragen, Formalitäten und Verfahren leichter elektronisch abgewickelt werden können. Die föderale Struktur Deutschlands und der Rückstand im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung hatten jedoch in der Vergangenheit dazu geführt, dass es bislang in Deutschland keinen Einheitlichen Ansprechpartner gab. Dies ließe sich nun aber im Zuge der zentralen digitalen Zugangstore ("Single Digital Gateways") umsetzen, die die EU-Kommission seit kurzem als Weiterentwicklung fordert.

Im Zuge der Fortentwicklung der EA-Landesportale wäre es nach Ansicht der IfM-Präsidentin sinnvoll, sowohl die Nutzer als auch die Verwaltungen und IT-Anbieter einzubeziehen: "Für Deutschland eröffnet sich aktuell die Chance, quasi im zweiten Anlauf die Fehler der ersten Umsetzungsphase zu vermeiden. Hilfreich wäre es dabei, von anderen, erfolgreichen EU-Ländern zu lernen", so Prof. Dr. Friederike Welter. Die EA-Portale in Dänemark und Öster-

reich bieten bereits heute einen guten Überblick darüber, welche Verfahren für Gründer und Unternehmer – inländisch und aus dem EU-Ausland – relevant sind und wie sie diese durchführen können. Darüber hinaus vermitteln sie aber auch Informationen zu wichtigen Verfahren, die nicht in der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie vorgeschrieben, aber dennoch für viele Gründer relevant sind (z. B. zu "Steuern" und zur "Beschäftigung von Mitarbeitern").

Die Studie "Reform der Einheitlichen Ansprechpartner (EA) – Anregungen von europäischen Good-Practice-Beispielen" ist auf der Homepage des Institut für Mittelstandsforschung (www.ifm-bonn.org) abrufbar.

Medienkontakt

Dr. Jutta Gröschl
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: (0228) 72997-29
E-Mail: groeschl@ifm-bonn.org

Follow us on Twitter: [@IfM_Bonn](https://twitter.com/IfM_Bonn) | Youtube (<http://youtube.de>)